



- Es gilt das gesprochene Wort -

Volker Schnurrbusch anlässlich der Debatte zur beruflichen Bildung in Zeiten von Corona (TOP 47):

„Die Corona-Krise darf nicht zur Ausbildungskrise werden“

Kiel, 19. Juni 2020 **Der Landtag debattierte heute über die coronabedingte Situation der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein. Volker Schnurrbusch, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärte dazu in seiner Rede:**

„Schleswig-Holstein sieht einer schweren Wirtschaftskrise entgegen. Es steht zu befürchten, dass das Brutto-Inlandsprodukt um sieben bis neun Prozent sinken wird - und das ist eine vorsichtige Prognose. Die Arbeitslosenzahlen haben die 100.000er Marke erreicht und werden weiter rapide steigen. Noch wissen wir nicht, wie viele der über 300.000 Beschäftigten, die momentan in Kurzarbeit sind, wieder voll übernommen werden können. Zwei Drittel der jungen Menschen, die sich aktuell arbeitslos melden, haben keinen Berufsabschluss.

Vor diesem Hintergrund ist es heute wichtig, gemeinsam festzustellen, dass aus der Corona-Krise keine Ausbildungskrise werden darf. Gerade das ist auch das Ziel einer bundesweiten Allianz aus Wirtschaft, Politik und Arbeitnehmervertretern, die bereits in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten haben, mit welchen Maßnahmen sie die negativen Auswirkungen auf die berufliche Zukunft junger Menschen bekämpfen wollen.

Die Unternehmen können die Wirtschaftskrise nur mit genügend guten Fachkräften bewältigen. Die berufliche Bildung ist und bleibt ein Kernstück unserer Wirtschaft. Deshalb müssen auch in diesen Zeiten junge Leute eine Ausbildung erhalten. Dabei sind bei den Stütz- und Fördermaßnahmen die Klein- und Kleinstbetriebe zu berücksichtigen, denn drei Viertel der Ausbildungsverhältnisse werden in solchen Betrieben geschlossen, die – wie wir wissen – auch die Wirtschaft in Schleswig-Holstein prägen. Sie sind es, die die Ausbildungskapazitäten sichern und dafür sorgen, dass junge Menschen nach ihren Neigungen und Fähigkeiten den Weg in eine solide berufliche Zukunft einschlagen können



und dadurch unsere Wirtschaft auch in und nach der Krise über genügend Fachkräfte verfügt.

Deshalb begrüßen wir das Hilfsprogramm der Bundesregierung, das kleinen und mittelständischen Unternehmen eine Prämie für jeden abgeschlossenen Ausbildungsvertrag - nach absolvierter Probezeit - zwischen 2.000 und 3.000 Euro zahlt.

Wenn die Landesregierung ebenfalls auf diesem Gebiet hilft, indem sie an solche Betriebe eine Prämie zahlt, die Auszubildende übernehmen, deren Betriebe sie nicht mehr halten können, würden wir auch das begrüßen. An der Zukunft unserer jungen Generation darf nicht gespart werden.“